



Presseschau vom 15.03.2015:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news* und *novorosinform* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform*) und *andere ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Nachts:

Novorossia.su: Wie die Nachrichtenagentur "Charkow" berichtet, hat der Chef der Krim Sergej Aksjonow mitgeteilt, dass fast alle auf der Halbinsel wohnenden Vertreter des krimtatarischen Volkes russische Pässe beantragt und erhalten haben. Er sprach darüber in einer Sendung eines russischen Fernsehsenders. Seinen Worten nach beträgt die Zahl der Krimtataren, die russische Dokumente erhalten haben, 97-98 %.

„Etwa 500 Krimtataren haben einen Pass der Russischen Föderation nicht gewünscht; insgesamt haben etwa 3000 Bewohner der Halbinsel darauf verzichtet, die russische Staatsangehörigkeit anzunehmen“, erklärte das Oberhaupt der Krim. Insgesamt leben in der Republik Krim etwa 1,9 Mio. Menschen, Sewastopol hat 395.000 Einwohner.

Aksjonow kommentierte auch die Mitteilungen sowohl ukrainischer und westlicher Politiker als auch Berichte der Massenmedien darüber, dass die Krimtataren auf der Krim angeblich Verfolgungen ausgesetzt und sie in ihren Rechten eingeschränkt seien.

Der Leiter der Region sagte, dass „es in der Realität solche Probleme auf der Krim nicht gibt“. Die Mehrheit der Erklärungen seitens der Ukraine sind Spekulationen, auf ihre Interessen ausgerichtet sind.

Zuvor hatte Pjotr Poroschenko "die Erniedrigungen" der Krimtataren beklagt und reiste zu türkischen Politikern mit der Bitte um Unterstützung.

Die Türkei hat ihrerseits erklärt, dass sie die Situation der Krimtataren auf der Halbinsel

genauestens beobachten wird.



Vormittags:

Dan-news.info: Die Regierung der DVR beginnt einmalige soziale Hilfen bei Schwangerschaft und teilweise Hilfen bei der Geburt eines Kindes auszuzahlen. Ein entsprechender Erlass des Staatsoberhauptes Alexandr Sachartschenko tritt heute in Kraft.

Dan-news.info: „In der vergangenen Nacht haben die ukrainischen Truppen 37 Mal das „Regime der Ruhe“ verletzt und das Territorium der DVR und die Positionen der Milizen beschossen“, wird im Verteidigungsministerium der DVR berichtet. Am stärksten wurde die Ortschaft Weseloje beschossen, die in der Nähe des Donezker Flughafens liegt. Ebenso wurde der Flughafen selbst beschossen. Es wurde hinzugefügt, dass die ukrainischen Truppen bei dem Beschuss automatische Schusswaffen und Granatwerfer verwendeten. Verluste bei den Milizen gibt es nicht.

Ria.ru: Der Sicherheitsdienst der Ukraine hat ein Strafverfahren gegen einen festgenommenen Videooperator des Senders „Novorossia TV“ eingeleitet, teilt der Pressedienst der Behörde mit.

Wie der Sicherheitsdienst mitteilt, ist der Einwohner von Chmelnyzkiy im Herbst 2014 in die Stadt Donezk gereist und arbeitete dort in der Funktion eines Operators des Senders „Novorossia TV“. Er wurde bei der Rückkehr nach Hause festgenommen, wo er einen Urlaub verbringen wollte.

Nach Angaben des Pressedienstes hat sich der Festgenommene zusammen mit Journalisten des Fernsehsenders „mit der Aufnahme von bestellten Videomaterialien für das Nachrichtenprogramm von „Novorossia TV“ befasst, mehrfach Reportagen unter Teilnahme von Anführern terroristischer Gruppen aufgenommen, die in den Oblasten Donezk und Lugansk tätig sind“.

Das Verfahren wurde aufgrund des Paragraphen „Teilnahme an terroristischen Organisationen und Mitarbeit bei der Tätigkeit terroristischer Organisationen“ eingeleitet.

Dan-news.info: Der Regierung der DVR ist der Inhalt der Beschlussvorlage über die Territorien mit besonderem Status nicht gekannt, die vom ukrainischen Präsidenten Petr Poroschenko zur Erörterung in das Parlament eingebracht wurde. Dies erklärte der offizielle Vertreter der DVR in der Kontaktgruppe, der stellvertretende Sprecher des Volkssowjets Denis Puschilin.

„Die Vorlage für das Dokument hat man uns bisher nicht übergeben, obwohl es mindestens im Format von Arbeitsgruppen der Kontaktgruppe erörtert werden muss“, sagte Puschilin. In der vergangenen Nacht hatte Poroschenko eine Beschlussvorlage in die Oberste Rada eingebracht, die das Geltungsgebiet des Gesetzes über den besonderen Status einzelner Bezirke des Donbass bestimmt. Der Text des Dokuments wurde nicht veröffentlicht. Gemäß den Verpflichtungen, die Kiew übernommen hat, musste dieser Beschluss bis zum 14. März angenommen werden, aber die nächste Sitzung der Rada ist erst für den 17. März geplant.

Nachmittags:

Novorosinform.org: Der Vertreter der Radikalen Partei in der „Rada“ Igor Mosiychuk schlug vor, anstelle des 9. Mai, dem Tag des Sieges, den 8. Mai als "Tag der Trauer und der Versöhnung" in der Ukraine zu feiern...



De.sputniknews.com: Die Organisatoren des vorjährigen Staatsstreichs in Kiew haben nicht nur geplant, die Macht zu ergreifen, sondern sie wollten auch den damaligen Präsidenten der Ukraine, Viktor Janukowitsch, töten, wie der russische Präsident Wladimir Putin in der vor kurzem herausgebrachten Fernsehdokumentation "Krim – Der Weg zurück zur Heimat" sagte.

Laut Putin hatte er Viktor Janukowitsch am Abend des 21. Februar vorigen Jahres, vor seiner Abreise zu einer regionalen Konferenz nach Charkow, davor gewarnt, Kiew zu verlassen und die Sicherheitskräfte auf den Straßen der Stadt einsetzen zu lassen. Janukowitsch sei trotz der Warnung nach Charkow gereist und habe den Einsatz der Sicherheitskräfte in Kiew angeordnet.

„Wie Sie wissen, hat die Opposition am selben Tag die Administration des Präsidenten und die Regierung in ihre Gewalt gebracht“, so Putin.

Der Präsident nannte die Hilfe Russlands für Janukowitsch und seine Familie "eine gute Tat".



Dan-news.info: Der außerordentliche humanitäre Konvoi hat heute in die DVR und die LVR mehr als 700 Tonnen Ladung geliefert, erklärte der stellvertretende Leiter des Nationalen Koordinationszentrums in Krisensituation des Zivilschutzministeriums Russlands Oleg Woronow.

„Der außerordentliche humanitäre Konvoi ist damit verbunden, dass im Donbass die Aussaatkampagne beginnt und das Wetter dies täglich mehr unterstützt. Insgesamt haben wir mehr als 700 Tonnen in 80 Lastwagen gebracht. Sie werden etwa gleich zwischen der DVR und der LVR aufgeteilt“, sagte der Vertreter des russischen Zivilschutzministeriums. Die heutige Ladung hat an der Grenze nur die russische Seite kontrolliert, an einem der Übergänge waren auch Vertreter der OSZE anwesend. Die ukrainische Seite hat gar nicht teilgenommen.

Die stellvertretende Leiterin des Koordinationszentrums für den Wiederaufbau der DVR Larisa Gontscharenko teilte mit, dass die Lieferung in die DVR insbesondere 40 Tonnen Gerstensamen und 216 Tonnen Dünger einschließt.

Lug-info.com: Die Lugansker verhalten sich mit Misstrauen gegenüber der vom Präsidenten der Ukraine Petr Poroschenko in die Oberste Rada eingebrachten Gesetzesvorlage, die die Grenzen der einzelnen Bezirke des Donbass bestimmt, auf die sich entsprechend den Minsker Vereinbarungen der besondere Status erstrecken wird. Dies erklärten Bürger der Hauptstadt der LVR gegenüber einem Korrespondenten von LuganskInformZenter.

„Und was denken Sie, was da steht? Ich glaube das nicht. Das eine hören wir, aber wir werden etwas anderes sehen. Poroschenko hat angeordnet, eine tief gestaffelte Verteidigung an der Grenze mit den Republiken zu schaffen. Er fährt mit der Blockade fort und ich kann nichts hierhin bringen. In Staniza ist ein Haufen Truppen, an den Checkpoints – echte bewaffneten Räuber. Welcher Frieden? Welche Koordination? Koordination dafür, um das zu erreichen, was vorher nicht gelungen ist? In die Ukraine zurückkehren, damit nicht nur ich, sondern auch meine Enkel für die Schulden Poroschenkos bei den Amerikanern zahlen? Ich persönlich will das nicht. Lieber bettelarm leben“, erzählte der Unternehmen Alexandr I.

„Es ist wirklich gut, dass Europa und Russland die Regierung in Kiew gezwungen haben sich zu bewegen, aber da ist auch noch Amerika. Und in Kiew wird man alles tun, was man ihnen von dort sagt. Weil es in der Ukraine nichts Eigenes mehr gibt. Weder Land, noch Geld, noch staatliche Leitung. Ich denke, es ist notwendig über den Frieden zu verhandeln, über den Wiederaufbau von Verbindungen, aber nicht über eine Rückkehr. Dort wartet man nicht auf uns. Genauer, man erwartet uns sehr als Quelle billiger Arbeitskraft, dieselben Arbeitstiere, wie sie uns nennen, die wieder sie ernähren werden. Aber wir sind auf einem Weg mit

Russland. Dort ist es auch schwer, aber dort ist man trotz allem man selbst“, meint die Angestellte Anna.

„Ihr Wort haben schon die Galizier in Transkarpatien gesagt. Autonomie – und nicht irgendetwas! Mein Vater war Ukrainer, meine Mutter war Russin, wir haben frei gelebt, uns nicht darum gekümmert, wer von wo kommt und welche Nationalität er hat. Um in die Ukraine zurückzukehren, ist es nötig den Nationalisten den Hals umzudrehen. Und sich dann vereinigen. Auf andere Weise, gerecht. Das, was sich dort Poroschenko und die Abgeordneten ausgedacht haben, gibt uns nichts Gutes. Werden sie vielleicht irgendwem erlauben so zu leben, wie die Menschen das wollen? Ich glaube kein Wort“, sagt der Rentner Petr Sergejewitsch.

Ria.ru: Der Vorsitzende der Radikalen Partei Oleg Ljaschko erklärte auf einer Pressekonferenz am Sonntag, dass seine Fraktion in der Obersten Rada nicht für die Beschlussvorlage über den besonderen Status des Donbass stimmen wird, weil er der Auffassung ist, dass das Territorium der Oblaste Donezk und Lugansk besetzt ist. Am Sonntag fand ein Kongress der Radikalen Partei statt. Ljaschko wurde als Vorsitzender wiedergewählt.

Der nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine hatte am 12. März eine Geltungszone für das Gesetz festgelegt. Der Präsident der Ukraine Petr Poroschenko hat eine entsprechende Beschlussvorlage in die Oberste Rada eingebracht, aber die erklärende Notiz mit der Liste der Ortschaften fehlt bisher auf der Seite des ukrainischen Parlaments. „Auf der Sitzung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats war davon die Rede, der Präsident hat recht bedeutsame Argumente zur Unterstützung dieses Gesetzes vorgebracht. Aber heute hat der Kongress der Radikalen Partei die Entscheidung getroffen, dass wir diese Gesetze nicht unterstützen und dass besetzte Territorien besetzt sind und kein „besonderer Status“. Und wir alle, darunter auch die Fraktion der Radikalen Partei, sind verpflichtet diese Entscheidung des Kongresses zu erfüllen“, erklärte Ljaschko.

Dan-info.news: Die Geheimhaltung des Inhalts der Beschlussvorlage über den besonderen Status der Bezirke des Donbass, das vom Präsidenten Petr Poroschenko in die Oberste Rada eingebracht wurde, widerspricht den Prinzipien des Parlamentarismus, der in Kiew ausgerufen ist. Dies erklärte heute der Vertreter der DVR in der Kontaktgruppe, der stellvertretende Sprecher des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin.

„Eine solche Geheimhaltung sieht reichlich seltsam aus und widerspricht nicht nur dem offenen Geist der Minsker Vereinbarungen, sondern auch den Prinzipien dem Parlamentarismus des ukrainischen Staates“, sagte Puschilin.

Nach seinen Worten bedauert es die DVR, dass niemand, weder im Donbass noch in der Ukraine, bisher den Text der Beschlussvorlage gesehen hat.

Ria.ru: Der Präsident der Ukraine Petr Poroschenko ist der Auffassung, dass die Minsker Vereinbarungen zur Regulierung der Krise im Osten des Landes „nicht funktionieren“.

„Die Wahrheit ist die, dass die Vereinbarungen nicht funktionieren“, sagte Poroschenko in einem Interview mit der deutschen Zeitung Bild. Nach seinen Worten sind die Minsker Vereinbarungen für Kiew „eine Hoffnung, aber keine Realität“. „Sie sagen, dass sie ihre Waffen abziehen, aber sie geben der OSZE keinen Zugang, um dies zu kontrollieren“, fügte er hinzu.

Poroschenko sagte, dass die „Ukraine jeden Punkt der Minsker Vereinbarungen erfüllt hat“.

„Wir von unserer Seite waren bereit den Waffenstillstand einzuhalten. Aber die russischen Kämpfer haben alles umgekehrt gemacht!“, sagte er. Insbesondere sei nach seinen Angaben die Vereinbarung über die Feuereinstellung schon insgesamt 1100 Mal gebrochen worden.

„Auf die Verletzung der Vereinbarung über die Feuereinstellung muss irgendeine Reaktion

erfolgen. Dies können neue Sanktionen sein, oder mindestens die Verlängerung der existierenden Sanktionen bis zum Ende des Jahres“, sagte Poroschenko. Außerdem hält Poroschenko in Zusammenhang mit der andauernden Krise im Osten der Ukraine es nicht für richtig, die Fußballweltmeisterschaft 2018 in Russland durchzuführen und ruft auf sie zu boykottieren.